



GEMEINDE WESSOBRUNN

1. Änderung Einbeziehungssatzung Nr. 03 „ÖSTLICHE ERWEITERUNG SCHLOSSBERGSTRASSE“

Wessobrunn, den
geändert:
Endfassung:

15.10.2024

Städtebaulicher Teil
HÖRNER & PARTNER
ARCHITEKTURBÜRO
Architektur + Stadtplanung
An der Leithe 7
86956 Schongau
Tel.: 08861/933700
mail: info@architekturbuero-hoerner.de

Landschaftsplanerischer Teil
Vogl + Kloyer
Landschaftsarchitekten
Sportplatzweg 2
82362 Weilheim
Tel. 0881 9010074
mail@vogel-kloyer.de

A) Satzung

über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Bereich an der Schloßbergstraße der Gemeinde Wessobrunn

Die Gemeinde Wessobrunn, Landkreis Weilheim-Schongau, Regierungsbezirk Oberbayern beschließt mit Sitzung vom xx.xx.2024 aufgrund von § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB in Verbindung mit §§ 2, 8, 9, 10, und 13 des Baugesetzbuches (BauGB), der Baunutzungsverordnung (BauNVO), des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) sowie des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), jeweils in den zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassungen, die folgende 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ als Satzung.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil (siehe Seite 5 dieser Satzung)

§ 2 In-Kraft-Treten

Die 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ der Gemeinde Wessobrunn tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses in Kraft (gem. § 10 Abs. 3 BauGB).

B) TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Die vom Geltungsbereich erfasste Teilfläche des Flurstücks 96, Gemarkung Haid, werden in den im Zusammenhang bebauten Bereich Schloßbergstraße gemäß § 34 Abs. 4 einbezogen.
2. Innerhalb der in Nr. 1 festgelegten Grenzen richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben (§29 BauGB) nach § 34 BauGB, jedoch unter Einhaltung der folgenden Punkte:
3. Auf dem Baugrundstück ist je angefangene 300 m² Fläche ein heimischer Baum oder Obstbaum (vgl. Pflanzliste unter Hinweise) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.
4. Zur Kompensation der mit der Planung ausgelösten Eingriffe in Natur und Landschaft sind auf der ausgewiesenen Ausgleichsfläche drei Obstbäume als Hoch- oder Halbstämme zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Mindestpflanzgröße: Stammumfang 8/10cm.

5. Zufahrten und Stellplätze sind aus versickerungsfähigem Material herzustellen, Asphaltflächen sind ausgeschlossen.
6. Einfriedungen sind als Holzzäune mit einer maximalen Höhe von 1,20 m zulässig. Diese sind sockellos auszuführen.
7. Im Geltungsbereich der Erweiterung der Einbeziehungssatzung sind landwirtschaftliche Nebengebäude sowie Nebenanlagen nach § 14 BauNVO auch außerhalb der eingetragenen Baugrenze zugelassen
8. Das Niederschlagswasser ist über Mulde-Rigolen-Systeme auf dem Grundstück zu versickern.

C) HINWEISE

1. Empfohlene heimische und standortgerechte Gehölzarten:

Bäume 2. Ordnung (Mittelkronige Bäume)

Birke	Betula pendula
Feld-Ahorn	Acer campestre
Hainbuche	Carpinus betulus
Vogelkirsche	Prunus avium

Bäume 3. Ordnung (Kleinbäume)

Eberesche	Sorbus aucuparia
Mehlbeere	Sorbus aria
Holz-Birne	Pyrus communis
Holz-Apfel	Malus sylvestris
Sal-Weide	Salix caprea ('mas')
Korb-Weide	Salix viminalis
Obstbäume als Hoch- oder Halbstämme	

Sträucher:

Berberitze	Berberis vulgaris
Echter Kreuzdorn	Rhamnus catharticus
Gewöhnliche Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Hasel	Corylus avellana
Hundsrose	Rosa canina
Kornelkirsche	Cornus mas
Liguster	Ligustrum vulgare
Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea
Schlehe	Prunus spinosa
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Weißdorn	Crataegus monogyna, laevigata
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana

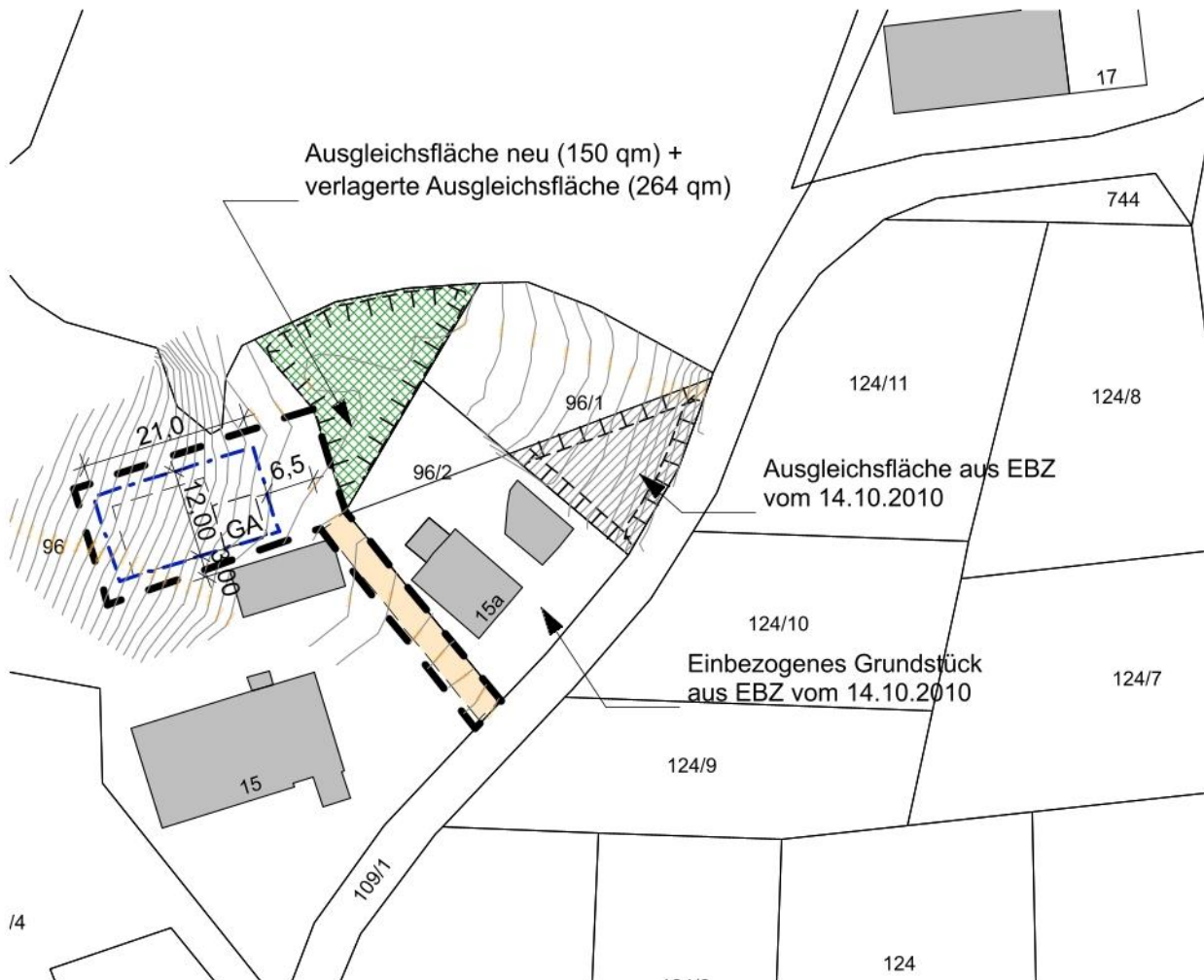
2. Vorhandene Gehölze dürfen gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG nur in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar abgeschnitten oder gerodet werden.

3. Evtl. zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde. Der Fundplatz ist unverändert zu belassen (Art. 8 Abs. 1-2 DSchG).




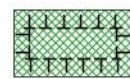
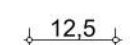
4. Um das Baugebiet schließen landwirtschaftlich genutzte Felder an. Ortsübliche, zeitweilige Lärm-, Geruchs- und Staubentwicklungen können deshalb nicht ausgeschlossen werden und sind durch die Besitzer bzw. Anwohner bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung entschädigungslos zu dulden. Dies gilt auch für nicht auf-schiebbare Arbeiten auf den landwirtschaftlichen Flächen an Sonn- und Feiertagen sowie während der Erntezeit nach 22 Uhr.

5. Sollten bei den Aushubarbeiten organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich das Landratsamt zu benachrichtigen (Mitteilungspflicht gem. Art. 1 BayBodSchG).



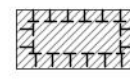
6. Auf die Satzung über die Errichtung von Stellplätzen in der jeweils gültigen Fassung wird hingewiesen.



Festsetzung durch Planzeichen:

-  Geltungsbereich des Einbeziehungsbereich
-  Baugrenze
-  Grundstückszufahrt
-  Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (ökologische Ausgleichsfläche)
-  verbindliche Maße in Metern

Hinweise:

- 13/2 bestehende Fl.Nr.
-  bestehende Gebäude
-  Garagenbaukörper Standort vorgeschlagen
-  Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (ökologische Ausgleichsfläche) hier Ausgleichsfläche aus EBZ vom 14.10.2010

VERFAHRENVERMERKE

Gemeinde Wessobrunn

1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßberg- straße“



1. Der Gemeinderat Wessobrunn hat in der Sitzung vom xx.xx.2024 die Aufstellung der 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ beschlossen.

2. Der Aufstellungsbeschluss wurde am xx.xx.2024 ortsüblich bekannt gemacht.

3. Der Entwurf der 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ in der Fassung vom xx.xx.2024 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom xx.xx.2024 bis xx.xx.2024 öffentlich ausgelegt.

4. Zu dem Entwurf der 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ in der Fassung vom xx.xx.2024 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom xx.xx.2024 bis xx.xx.2024 beteiligt.

5. Die Gemeinde Wessobrunn hat mit Beschluss des Gemeinderates vom xx.xx.2024 die 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ in der Fassung vom xx.xx.2024 als Satzung beschlossen.

Wessobrunn, den

Georg Guggemos
Erster Bürgermeister

Siegel

6. Ausfertigung

Hiermit wird bestätigt, dass die 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ in der Fassung vom xx.xx.2024 dem Satzungsbeschluss des Gemeinderats vom xx.xx.2024 zu Grunde lag.

Wessobrunn, den

Georg Guggemos
Erster Bürgermeister

Siegel

7. Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung der Einbeziehungssatzung Nr. 03 „Östliche Erweiterung Schloßbergstraße“ wurde am xx.xx.2024 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Änderung ist damit in Kraft getreten.

Wessobrunn, den

Georg Guggemos
Erster Bürgermeister

Siegel